

Konflikt zwischen Nationalversammlung und Preußenparlament.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 24. März. Die heutigen Protokolle, die in der preussischen Landesversammlung gegen den Beschluss der Nationalversammlung über die Bundesstaatliche Ordnung des Reiches erhoben worden sind, lassen nun auch in der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung einen Widerhall erklingen. Es bahnt sich, wie es scheint, ein Konflikt an zwischen der Nationalversammlung und dem preussischen Parlament, ein Konflikt, dessen Tragweite vorläufig natürlich noch nicht zu übersehen ist, da jede der beiden Korporationen von ihrem Standpunkte aus rechtlich und verfassungsmäßig gehandelt hat. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses hat nämlich der stellvertretende Vorsitzende, der Abgeordnete Dr. Quast (Soz.), namens seiner Freunde die folgende

Erklärung

er abgegeben:

In den beiden letzten Sitzungen der preussischen Nationalversammlung vom 21. und 22. d. M. sind von verschiedenen Seiten Äußerungen über den Beschluss anwesender Verfassungsausschüsse zur Bildung des Reiches gefallen, gegen die meine Freunde und ich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit scharfe Verwahrungen einzulegen für nötig halten. Der deutsch-nationale Abgeordnete Vitz hat von unserem Standpunkte als von einer unerbittlichen Majorität Preußens, der Unterstaatssekretär Dr. Brund von einer „Verwahrlosung Preußens“, die in Weimar beschlossen ist, gesprochen, und der preussische Ministerpräsident Dirich sagte zu unserem Bedauern, dass er bei der Entente laute Freunde erwidern möchte. Die preussische Regierung werde sich tatkräftig bemühen, ihn „zu Fall zu bringen“. Außerdem wurde unser Beschluss mit den Behauptungen vermengt und ihnen gleichgestellt, die angeblich oder wirklich auf eine Verletzung deutscher Reichsteile vom Deutschen Reich hinauswühlten. Schon die Form dieser Angriffe geht weit über das Maß hinaus, das die Parität der aus ein und derselben Wahlbewegung entstehenden deutschen Gesamtparlament für ihre gegenseitige Kritik beachten sollten. Aber auch der Inhalt der erwähnten Äußerungen ist völlig unzutreffend. Unser Beschluss ist von dem christlichen Glauben, einer nach Möglichkeit verstärkten Reichseinheit, einer nach Möglichkeit oder Anteilnahme des Reiches oder Preußens, sondern eine nach demokratischen Grundgedanken und nach dem Willen der Bevölkerung anzustrebende gleichmäßige Gliederung des Reiches in große Selbstverwaltungsgebiete anzubahnen. Wir weisen also die durch nichts begründeten Angriffe in der preussischen Landesversammlung mit aller Entschiedenheit zurück.

Der Ausschuss ging dann zu der Beratung des Artikels 7 der Verfassung über, der im wesentlichen bestimmt, dass die gesamte Gesetzgebung über das Volkswesen ausschließlich Sache des Reiches sei, dass das Reich ferner die Gesetzgebung habe über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für keine Zwecke in Anspruch genommen werden, sowie über die Aufstellung von Grundgesetzen für die Zulässigkeit und Erhebung von Landesabgaben, soweit sie sich im Rahmen des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 bewegen oder eine doppelte Besteuerung verhängen sollen. In diesem Paragraphen stehen u. a. die Abgeordneten Dr. Deineke und Dr. Rahl einen Antrag, der die Finanzhoheit der Gliedstaaten schützen soll. Insbesondere wird in diesem Antrage gefordert, dass der Gesetzgebung und Verwaltung der Gliedstaaten die Besteuerung des Einkommens ausschließlich zusteht.

Der Referent, Abg. Dr. Spahn, sagte: Die Einzelstaaten verhalten sich über die direkten Steuern, die höhere Einnahmen erlangen, das Reich über die indirekten Steuern mit deren schmerzhaften Entzerrnissen. Das Reichsdefizit konnte in früheren Zeiten nur durch Beitragsbeiträge der Einzelstaaten gedeckt werden. Der Verfassungsausschuss befreite die Reichsfinanzverwaltung und räumte dem Reich das Recht ein, alle Steuerquellen in Anspruch zu nehmen. Der Neubau des Reiches mache auch einen Neuaufbau der Finanzverwaltung und der Finanzverwaltung notwendig. Ueberlasse man dem Reich die Vermögenshoheit zum Quasi, so könne eine Abgrenzung der Steuerhoheit ins Auge gefasst werden nach Art der Steuern oder unter Teilhaberschaft an den einzelnen Steuerarten, etwa in der Weise, dass die Bundesstaaten zu Zuschüssen berechtigt, oder die Beauftragten nach Steuerarten getrennt, oder ihnen praktische Anteile am Reinertrage zugewiesen würden. Der Referent betonte, dass die Steuerhoheit für das Reich um so wichtiger sei, als das Reich Teile verlieren werde, die für andere Industrie und deren Steuerkraft von Bedeutung sind.

Der Abgeordnete Rahmann (Soz.) bezeichnete den Bruch mit dem alten Reich als eine absolute Notwendigkeit. Das Reich müßte über den Entwurf hinaus auch einreisen können, wenn die vorausliegenden Grundzüge der Steuerhoheit von einem Gliedstaat nicht angewandt würden.

Der Vertreter der Reichsfinanzverwaltung, Geh. Regierungsrat Dr. Carl, erklärte, dass die bisherige Verfassung keineswegs das Reich von dem Besitze der direkten Steuern ausschließen habe, und betonte, dass der Reichsfinanzminister nicht ausüben könne, wenn an dieser Stelle eine Beschränkung des Reiches in der Abgabenzulässigkeit beschlossen werden sollte.

Abg. Dr. Deineke führt zur Begründung seines Antrags u. a. aus, dass damit den Einzelstaaten die Einkommensteuer erhalten werden sollte. Es handele sich darum, ob die Einzelstaaten und auch die Gemeinden, deren Ausgaben gleichfalls ebenso wie die Reichsausgaben zu decken seien, ihre Ausgaben aus eigenen Steuern selbst decken oder an das Reich heranzuziehen sollten. Die Einkommensteuer sei zunächst die geeignetste Einnahmequelle für die Einzelstaaten und die Gemeinden. Wenn der Regierungsvorstand auf einen förmlichen Finanzplan verweise, so genüge das nicht, da bisher das ungeschriebene Verfassungsrecht gegolten habe, das das Reich von den direkten Steuern abhänge. — Geh. Regierungsrat Dr. Carl betonte, es liege im Interesse der Reichsfinanzverwaltung, die Einzelstaaten lebensfähig zu erhalten; es sei aber doch möglich, daß es dabei auf die höheren Einkommen zurückgreifen müsse. — Abg. Quast (Dem.) polemisiert gegen den Antrag Deinekes und betont, daß dem Reich eine Steuerquelle, die es zu seiner finanziellen Aufrechterhaltung haben müsse, nicht vorenthalten werden dürfe. — Abg. Keil (Soz.) sprach sich in demselben Sinne aus, daß das Reich unter keinen Umständen auf die Einkommensteuer verzichten könne. Nachdem noch ein Vertreter der preussischen Finanzverwaltung gesprochen hatte, ergriff das Wort der sächsische Delegierte Dr. Koch. Er betonte, daß eine unbedingte Notwendigkeit die Einführung einer Reichseinkommensteuer nicht erwiesen sei. Eine solche Maßnahme werde besonders bedrohlich gerade für Sachsen, wo der Staat und die Gemeinden ihren Finanzbedarf zu 90 Prozent aus der Einkommensteuer bisher gedeckt haben. Die Einkommensteuer dürfe kein Trapez sein, an dem mehrere ausleihen können. Er lehnt den § 7 als absolut zentralistisch an und schloß mit den Worten: Es führen mehr Spuren in die Höhe des Reiches hinein als herab. — Der drittletzte Vertreter Deibelau forderte für Bremen die eigene Zollverwaltung. Zum Schluß sah an der Vertreter für Hamburg. Der österröhmische Vertreter Gottsche wandte eine Zwischenpolitik zwischen Deutschland und Deutschland für gewisse Artikel. Er betonte aber, daß es der Wunsch Deutschlands sei, daß das Reich möglichst bald die österröhmische Zolllinie übernehme. Als Vertreter der württembergischen Regierung sprach der frühere

fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dieckhoff, der sehr württembergischer Minister ist. Er befürchtet die Entziehung von neuen Reichsbeamten und damit eine weitere Erschwerung der Verwaltung. Er trat nachdrücklich ein für die Beibehaltung der Steuerverwaltung der Einzelstaaten, wie er sich überhaupt mit keinen ganzen Ausführungen in einem wertwürdigen Widerpruch setzte zu den Ausführungen. Die er als fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter vertreten hat. — Demgegenüber verlangte der Zentrumabgeordnete Groeber die unbeschränkte Steuerhoheit des Reiches, die die ganze politische Entwicklung zum Abschluss bringe. Aus dem weiteren Verlauf der Debatte ist hervorzuheben die Bestimmung des Abgeordneten Dr. v. Deibel, die durch den Regierungsvorstand bestätigt wurde, daß die Reichsfinanzen und Reichsbeamten auch in Zukunft weiterbestehen können.

Maßnahmen gegen die Tschedengefahr.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter. Weimar, 24. März. Auf eine Anfrage des Abg. Putschmann über tschedsche Truppenanstellungen in den Grenzen der Grafschaft Glatz antwortete der Reichswehrminister und der preussische Kriegsminister Reinhardt, daß, soweit zuverlässige Truppen zur Verfügung ständen, die zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen durchzuführen hätten, um einem etwaigen tschedschen Einmarsch entgegenzutreten.

Bürgerliche Wahlen in Weimar-Eisnach.

Von unserem Sonderberichterstatter. Weimar, 24. März. Die Gemeindevahlen in Weimar haben einen glänzenden Sieg der bürgerlichen Parteien ergeben. Von 40 Sitzen erhielten die Bürgerlichen 25 bis 27 und die Sozialisten 13 Sitze, darunter ein Unabhängiger. In Eisnach erhielten die Bürgerlichen 23, die Sozialisten 18 Sitze.

Niederlage der Unabhängigen in Hamburg.

Hamburg, 24. März. Bei den gestrigen Wahlen zum Großen Arbeiterrat entfielen von 400 Sitzen 210 auf die Sozialdemokraten, 17 auf die Unabhängigen, 25 auf die Kommunisten und 58 auf die bürgerlichen und Sondergruppen.

Rein Präliminar- sondern endgültiger Frieden.

(Wiener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Lugano, 24. März. Italienische Blätter machen Mitteilung von einer Erklärung des Obersten Hauptes, daß der Friedensvertrag, der in Verfall ist, in drei Wochen der deutschen Abordnung vorgelegt werden soll, sein Präliminarfrieden, sondern der endgültige Frieden sein werde.

Jülich, 24. März. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Pichon erklärte im Kammerauschuss für Außenwärtiges auf eine Anfrage Renaudels, er rechne mit dem Abschluss der Verhandlungen der Alliierten-Konferenz auf Ende März. Das Eintreffen der deutschen Delegation sei für die erste Aprilwoche zu erwarten.

Der Telegraphen-Union wird von ausländischer Stelle mitgeteilt: Auf die Anfrage des Reichsministers Grafenberg nach Paris, ob es richtig sei, daß man den Deutschen nicht gestatten werde, über den Friedensvertrag zu diskutieren, antwortete der italienische Botschafter, daß er sich in keine Debatte über den Vorlieben mit den Deutschen einlassen würde, in bisher eine Antwort noch nicht empfangen. Es ist nunmehr nochmals an die Verantwortung dieser Anfrage von Berlin aus erinnert worden.

Wision gegen die übertriebenen Forderungen der Italiener.

(Wiener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Bern, 24. März. Wie der Vertreter der Telegraphen-Kompagnie aus Paris erfährt, haben die Drohungen der italienischen Kommission mit einem besonderen Vorzeichen Italiens die schwierige Situation, in der sich der Friedenskonferenz befindet, recht erheblich verschärft, um so mehr, als von Seiten Wisions sehr wenig Reue zu beobachten, den übertriebenen Forderungen der Italiener nachzugeben. Augenblicklich wird eifrig unter Führung von Lord George daran gearbeitet, die Streitfragen zwischen Italien und Südslawien durch ein Kompromiß aus der Welt zu schaffen.

Die französische Gesandtschaft in Wien.

Paris, 24. März. Der „Tempo“ meldet, daß Millie im Laufe der Woche mit dem Titel eines außerordentlichen Gesandten nach Wien abreisen wird. Es werden ihm zugeteilt werden Remien, der Sekretär in Berlin war, und Gerisen, Botschaftsrat in Wien, sowie etwa 12 Offiziere.

Die Organisation der Bevölkerung des Landes.

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung beabsichtigt, wie eine Berliner Nachrichtenstelle meldet, eine großartige Organisation zur Abwanderung der Großstadtbevölkerung auf das Land in die Wege zu leiten, da der Ueberdruck an Arbeitskräften in den Industriezentren bereits über 60 v. D. beträgt. Um möglichst viele Industriearbeiter in die Landwirtschaft überzuführen, soll eine Regelung der Lohnverhältnisse der Landarbeiter auf gleichberechtigtem Wege erfolgen und weitreichende Maßnahmen zur Verringerung der landlichen Wohnungsverhältnisse getroffen werden.

Der Beginn der Lebensmittellieferungen.

Berlin, 24. März. Der Vorstand der britischen Kommission in Spa teilte am 23. d. M. in einer Note mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für rund 35 Millionen Dollars Nahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für rund 20 Millionen Dollars aus britischen Quellen zur sofortigen Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Bezahlung hierfür vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling in Gold in Brüssel eintreffen würden.

Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am 20. März erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der Lieferung der oben erwähnten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

(Drahtmeldung aus unserm Adressen Mitarbeiter.) Hamburg, 24. März. Die Ausfahrt der Dampfschiffe nimmt hier einen ungehörten Verlauf. Bisher ist kein Freitag nicht jeden Tag eine Tafel ausgefahren. Im ganzen haben jetzt 30 Dampfer von insgesamt 200000 Tonnen den Hafen verlassen, darunter die großen Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, der Latifaria-Linie und der Hamburg-Südamerika-Linie.

Osaka, 24. März. Nach dem „Allg. Handelsbl.“ erheben die Verbändmächte keine unüberwindlichen Bedenken mehr gegen die Ausfuhr niederländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland. Die Niederlande verfügen über 8000 bis 10000 Mengenangaben Kartoffeln und 10000 bis 12000 Tonnarum Kartoffelmehl, das hierzulande für die Brodbereitung nicht mehr notwendig ist, ferner über 20000 Tonne Erbsen und 2000 Tonne Weizen. Beförderungen mit deutschen Vertretern sind bereits weit gefördert, auch die Zahlung ist gesichert. Nur die Zustimmung der Verbändmächte ist auf Grund der mit diesen geschlossenen Abkommen noch erforderlich. Im ganzen handelt es sich um kein Staats-, sondern um ein Privatgeschäft, dem die holländische Regierung kein Hindernis bereitet.

Die Bildung der neuen preussischen Regierung.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. März. Die Bildung der neuen preussischen Regierung ist nach sehr langwierigen, schwersten Verhandlungen zu Stande gekommen. Nachdem eine Einigung zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten erzielt worden ist, wird die neue Regierung von diesen Parteien gebildet werden. Das Regierungsprogramm, welches unter den drei Parteien vereinbart worden ist, wird Dienstag mittags in der geschiedenden preussischen Landesversammlung bekanntgegeben werden. Die Mitglieder des Zentrums, die in die Regierung eintreten, werden eine Erklärung abgeben, in der sie ihre grundsätzliche Stellungnahme zu allen künftigen Fragen, insbesondere zu den Schulfragen, festlegen. Die neue preussische Regierung wird sich wie folgt zusammensetzen:

Die Sozialdemokraten beanspruchen für sich fünf Sitze mit der Begründung, daß, wenn die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Ministerium hätten, die Gefahr für sie bestünde, überstimmt zu werden. Man hat sich dafür auf eine gleichmäßige Verteilung der 10 Ministerplätze unter den drei Parteien geeinigt. Danach entfallen auf die Sozialdemokraten fünf Ministerplätze, auf das Zentrum und die Demokraten je zwei, während das Kriegsministerium den bürgerlichen Parteien zugerechnet wird. Abgesehen von noch möglichen Veränderungen wird sich das neue Kabinett wie folgt zusammensetzen:

Ministerpräsident: Abg. Dirich (Soz.); Außen: Abg. Dänisch (Soz.); Inneres: Roth (unbestimmt, aber voraussichtlich Abg. Deine (Soz.); Landwirtschaft: Abg. Braun (Soz.); Finanzen: Abg. Dr. Südekum (Soz.); Ministerium für Volkswohlfahrt: Abg. Stegerwald (Zentr.); Justiz: Abg. Dr. Am Behnhoff (Zentr.); Handelsministerium: Abg. Fischel (Demokrat); Eisenbahnministerium: Abg. Defer (Demokrat); Kriegsministerium: Wie bisher Oberst Reinhardt.

Außer diesen Ministerplätzen soll jede der Parteien einige Unterstaatssekretäre in einzelnen Departementen erhalten. Das Zentrum wird je einen Unterstaatssekretär im Außenministerium und im Landwirtschaftsministerium erhalten, die Demokraten einen Unterstaatssekretär im Außenministerium und eventuell auch einen im Landwirtschaftsministerium. Für das Zentrum kommt eventuell noch ein Ministerialdirektor im Ministerium des Inneren in Frage. Außerdem sollen für einzelne Ministerien noch Beiräte geschaffen werden, wie sie heute zum Teil bereits bestehen.

Preussische Landesversammlung.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. März. Das Haus legt die Besprechung der förmlichen Anfragen der Deutschnationalen und Demokraten, betreffend die

Unteilbarkeit und Unverletzlichkeit des preussischen Staates,

und betreffend die Loslösung der Rheinlande von Preußen in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen vor. — Abg. Dr. Deh (Zentr.): Die Frage der weidischen Republik ist weder eine Parteilose, noch eine Fraktionsangelegenheit. Nicht einmal unsere rheinischen Kollegen sind darin eine geschlossene Mehrheit. Wir haben in keinem Augenblick mit dem Gedanken einer Loslösung vom Reich gespielt, eben weil wir beim Reiche bleiben wollten, glauben aber, daß vom Reiche loslösen zu können. (Lachen rechts.) Sie haben ja keine Ahnung von dem Seelenzustand der Bevölkerung im besetzten Gebiet. Ueberlassen Sie (zu den Soz.) nicht den Vagen Behauptungen unserer Weltanschauung. Erhalten Sie dem Vaterlande einen neuen Religionskrieg! Wir sind deutsch und wollen es bleiben! (Beifall im Zentr.) — Abg. v. Danneberg (Nicht-Zentr.): Wir fordern für Hannover das Selbstbestimmungsrecht und lehnen alle Folgen ab, wenn es verweigert. — Ministerpräsident Dirich: Was die Ausführungen des Vorredners andrückt, so betonen wir ausdrücklich, daß wir die Bildung einer Deutsch-Hannoverschen Republik gleichfalls ablehnend gegenübersehen, wie der Posttrennung der Rheinlande. Die Deutsch-Hannoveraner pflegen ihre Beziehungen mit dem Wunsch nach der Rückkehr des alten Königslandes zu begründen. Für solche donauische Interessen steht und das Verständnis. — Abg. Stendel (Nicht-Zentr.): In dem alten Staat Hannover mit seiner alten Verfassung zurückzuführen, dafür müssen besonders die Deutschen sich bedüngen. Auf das Experiment einer Volksabstimmung kann in dieser Zeit politischer Hochspannung nicht eingegangen werden. — Ein Schlußantrag wird angenommen. Der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Graf (Soz.), der gegen die Einverleibung rheinischer Landestteile in Frankreich oder Belgien Einspruch erhebt, gelangt einstimmig zur Annahme. Der zweite Antrag Graf, der einen entschiedenen Protest gegen die Errichtung einer weidischen Republik enthält, wird gegen die Stimmen des Zentrums, welches sich der Abstimmung enthält, angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag; Mitteilung des Präsidenten über Verwendung der Staatsregierung. Erste Lesung des Reichstags. — Schluß nach 7 Uhr.

Berlin, 24. März. Der Seniorenkonvent der preussischen Landesversammlung trat am Montag nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen und Vor schläge ist folgendes mitzuteilen: Ueber die am Dienstag auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über die Bildung der neuen Regierung und über den Notetat wird voraussichtlich noch nicht gesprochen werden, weil nachträglich noch die Polenzfrage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, mit deren Beratung man voraussichtlich am Dienstag fertig werden wird. Am Mittwoch wird der Notetat im Zusammenhang mit der Regierungserklärung besprochen werden. Später kommen die Interpellationen über die Ernährung an die Reihe, mit deren Beratung man bis zum Sonnabend fertig zu werden hofft. Dann soll Vertagung eintreten.

Die Weimarer sozialdemokratische Konferenz.

Weimar, 24. März. Auf der gemeinsamen Konferenz der sozialdemokratischen Parteivorstände, Parteiausschüsse, der Kontrollkommission und Fraktion der Nationalversammlung wurde gestern die Bedeutung des Parteitages auf den 10. Juni, also auf die Pfingstwoche, mit großer Mehrheit beschlossen. Die Konferenz erörterte dann die Stellung der Sozialdemokratie zu den Arbeiterräten. Das einleitende Referat erörterte

Ministerpräsident Scheibemann. Er führte aus: Die Regierung habe sich gegenüber den Forderungen der Arbeiterräte, weil darin ausgesprochen war, daß alle Macht den K. und L. Räten in die Hände gegeben werden müsse, ablehnend verhalten. Inzwischen hätten sich aber die Begriffe über die Aufgaben der Arbeiterräte wesentlich geändert, und die Stellung der Regierung gegenüber den Forderungen, die Arbeiterräte am Neubau des deutschen Wirtschaftslebens und der Volksdemokratie teilnehmen zu lassen, sei entschieden entgegenkommender. Die Arbeiterräte werden in der Verfassung verankert, und das Gesetz über die Arbeiterräte wird durchgeföhrt. Scheibemann äußerte sich in diesem Zusammenhang auch über die Vorgänge in Ungarn. Die bolschewistische Regierung in Ungarn sei ein Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente. Die Entente spiele mit dem Feuer, wenn sie und nicht bald einen Frieden gibt, und zwar einen